

155 Staaten des Ersten Komitees der 69. UN-Generalversammlung haben am 20.10.14 in einer gemeinsame Erklärung vor den katastrophalen Folgen gewarnt, die der Einsatz von Atomwaffen für die Menschheit hätte.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 179/14 – 14.11.14**

**69. UN-Generalversammlung, Erstes Komitee:
Gemeinsame Erklärung zu den
Folgen des Einsatzes von Atomwaffen für die Menschheit**

**Vorgetragen von Dell Higgie, der Botschafterin Neuseelands,
am 20.10.2014**

(<http://www.mofa.go.jp/mofaj/files/000057366.pdf> und
<http://www.mfat.govt.nz/Media-and-publications/Media/MFAT-speeches/2014/0-20-Oct-2014.php>)

Herr Vorsitzender,

ich ergreife für folgende Mitgliedsstaaten das Wort: Afghanistan, Algerien, Andorra, Angola, Antigua und Barbuda, Argentinien, Armenien, Österreich, Aserbaidschan, die Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Weißrussland, Belize, Benin, Bolivien, Bosnien und die Herzegowina, Botswana, Brasilien, Brunei Darussalam, Burkina Faso, Burundi, Cabo Verde, Kambodscha, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, den Tschad, Chile, Kolumbien, die Komoren, die Republik Kongo, Costa Rica, die Elfenbeinküste, Kuba, Zypern, die Demokratische Republik Kongo, Dänemark, Dschibuti, Dominica, die Dominikanische Republik, Ecuador, Ägypten, El Salvador, Äquatorialguinea, Eritrea, Äthiopien, die Fidschiinseln, Finnland, Gabun, Gambia, Georgien, Ghana, Grenada, Guatemala, Guinea, Guinea Bissau, Guyana, Haiti, Honduras, Island, Indonesien, den Irak, Irland, Jamaika, Japan, Jordanien, Kasachstan, Kenia, Kiribati, Kuwait, Kirgisistan, Laos, den Libanon, Lesotho, Liberia, Libyen, Liechtenstein, Mazedonien, Madagaskar, Malawi, Malaysia, die Malediven, Mali, Malta, die Marschall-Inseln, Mauretanien, Mauritius, Mexiko, die Föderierten Staaten von Mikronesien, die Republik Moldawien, die Mongolei, Montenegro, Marokko, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nauru, Nepal, Nicaragua, Niger, Nigeria, Norwegen, Oman, Palau, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, die Philippinen, Katar, Ruanda, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und Grenadinen, Samoa, San Marino, Sao Tome und Principe, Saudi-Arabien, Senegal, Serbien, die Seychellen, Sierra Leone, Singapur, die Salomon-Inseln, Somalia, Südafrika, den Südsudan, den Sudan, Surinam, Swasiland, Schweden, die Schweiz, Tansania, Thailand, Osttimor, Togo, Tonga, Trinidad und Tobago, Tunesien, Tuvalu, Uganda, die Ukraine, die Vereinigten Arabischen Emirate, Uruguay, Vanuatu, Venezuela, Vietnam, den Jemen, Sambia und meinen eigenen Staat Neuseeland; für die die Staaten mit Beobachterstatus: den Heiligen Stuhl und den Staat Palästina und für Staaten die nicht Mitglied der Vereinten Nation sind: Niue und die Cookinseln

Die genannten 155 Staaten sind tief besorgt über die katastrophalen Folgen, die ein Einsatz von Atomwaffen für die Menschheit hätte. Die bisher beim Einsatz und bei Tests von Atomwaffen gesammelten Erfahrungen haben die inakzeptablen Folgen für die Menschheit erkennen lassen, mit denen wegen der gewaltigen, unkontrollierbaren und unterschiedslos tötenden Zerstörungskraft dieser Waffen zu rechnen ist. Die auf Fakten basierende Diskussion, die auf den beiden Konferenzen über die Auswirkungen des Einsatzes von Atomwaffen auf die Menschheit im März 2013 in Norwegen und im Februar dieses

Jahres in Mexiko stattfand, hat uns allen die schrecklichen Folgen eines Atomkrieges vor Augen geführt. Experten und internationale Organisationen haben uns die Schlüsselerkenntnis vermittelt, dass kein Staat und keine Organisation in der Lage wäre, den Opfern einer Atomwaffendetonation sofortige und ausreichende Hilfe zu leisten.

Die breite Teilnahme an beiden Konferenzen – in dem mexikanischen Bundesstaat Nayarit waren 146 Staaten, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes / ICRC, mehrere humanitäre Organisationen der UN und andere zivile Vereinigungen vertreten – beweist die globale Besorgnis über die katastrophalen Folgen eines Atomkrieges. Wir begrüßen die Einladung Österreichs zu einer dritten Konferenz am 8. und 9. Dezember 2014. Wir sind überzeugt davon, dass es im Interesse aller Staaten ist, an dieser Konferenz teilzunehmen, die das Verständnis für dieses Problem vertiefen und die Menschheit davor warnen soll.

Diese Arbeit ist notwendig, weil die katastrophalen Folgen von Atomwaffenexplosionen nicht nur Regierungen, sondern alle Bürger unserer Welt betreffen. Sie haben entscheidenden Einfluss auf das Überleben der Menschheit, auf unsere Umwelt, auf die sozioökonomische Entwicklung, auf die Weltwirtschaft und auf die Gesundheit künftiger Generationen. Aus diesen Gründen glauben wir fest daran, dass Kenntnisse über die katastrophalen Folgen des Einsatzes von Atomwaffen zu atomarer Abrüstung führen werden.

Das ist natürlich keine neue Idee. Die entsetzlichen Folgen, die der Einsatz von Atomwaffen für die Menschheit hat, wurden schon bei ihren ersten Abwürfen (über Hiroshima und Nagasaki, s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Atombombenabwurf_auf_Hiroshima_und_Nagasaki) überdeutlich und haben sofort die Sehnsucht der Menschheit nach einer atomwaffenfreien Welt geweckt, die auch diese Erklärung prägt. Die Angst vor den Folgen des Einsatzes von Atomwaffen für die Menschheit spiegelt sich in zahlreichen UN-Resolutionen wider – die erste wurde bereits 1946 verabschiedet – und hat viele Initiativen wie den Atomwaffensperrvertrag / NPT (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffensperrvertrag>) ausgelöst. Die bedeutendsten Atomphysiker der Welt haben bereits 1955 darauf hingewiesen, dass Atomwaffen den Fortbestand der Menschheit bedrohen und ein Atomkrieg das Ende der Menschheit zur Folge haben könnte. Bereits auf der Ersten Sondersitzung der Generalversammlung zur Abrüstung / SSOD-1 (s. <http://www.un.org/disarmament/HomePage/SSOD/>) im Jahr 1978 wurde erkannt, dass "Atomwaffen die größte Bedrohung für die Menschheit und für das Überleben der Zivilisation darstellen". Diese tiefe Besorgnis besteht heute immer noch. Trotzdem hat sie bisher nicht zur Umsetzung des Atomwaffensperrvertrages und zu atomarer Abrüstung geführt.

Wir fühlen uns ermutigt, weil diesem Problem jetzt weltweit endlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die NPT-Überprüfungskonferenz 2010 (in New York, s. http://en.wikipedia.org/wiki/2010_NPT_Review_Conference) hat ihre "tiefe Besorgnis über die katastrophalen Folgen des Atomwaffeneinsatzes für die Menschheit" bekundet. Ihre tiefe Besorgnis darüber haben auch die Delegierten einer gemeinsamen Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds in einer Resolution vom 26. November 2011 ausgedrückt; die UN-Generalversammlung 2012 hat eine ständige Arbeitsgruppe eingerichtet, die Vorschläge für Verhandlungen über eine umfassende atomare Abrüstung entwickeln soll. Die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten hat die internationale Gemeinschaft im August 2013 aufgefordert, bei jeder Diskussion über Atomwaffen auch deren Bedrohung für den Fortbestand der Menschheit zu bedenken. Im September 2013 haben bei einem hochrangigen Treffen zur atomaren Abrüstung auch zahlreiche führende Politiker aus der ganzen Welt in einer gemeinsamen Erklärung ihre Besorgnis geäußert und auf Fortschritte bei der atomaren Abrüstung gedrängt. 125 Staaten haben 2013 die dem Ersten Komitee vorgelegte Gemeinsame Erklärung zu den Folgen des Einsatzes von Atomwaffen für die Menschheit unterstützt. Auch die heutige Erklärung beweist die wachsende politische Unterstützung für eine umfassende atomare Abrüstung.

Damit die Menschheit überleben kann, dürfen unter gar keinen Umständen jemals wieder Atomwaffen eingesetzt werden. Auf die katastrophalen Auswirkungen einer Atomwaffendetonation kann auch dann nicht angemessen reagiert werden, wenn sie durch einen Unfall, ein Missgeschick oder einen Konstruktionsfehler ausgelöst wird. Es müssen alle nur denkbaren Anstrengungen unternommen werden, um die Bedrohung durch diese Massenvernichtungswaffen zu beseitigen.

Die einzige Garantie dafür, dass niemals wieder Atomwaffen eingesetzt werden, ist ihre vollständige Abschaffung. Alle Staaten tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass Atomwaffen nie mehr eingesetzt und nicht noch vermehrt oder an Staaten weitergegeben werden, die noch keine besitzen; die Ziele des NPT müssen von allen Staaten umfassend umgesetzt werden.

Wir begrüßen die erneuerte Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, gemeinsam mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes/ ICRC und anderen internationaler humanitären Organisationen die katastrophalen Folgen des Einsatzes von Atomwaffen für die Menschheit abzuwenden. Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass sich die Bevölkerung und die Regierung jedes einzelnen Staates Seite an Seite ihrer gemeinsamen Verantwortung stellen. Wir sind es den zukünftigen Generationen schuldig, alles zu tun, um unsere Welt von der Bedrohung zu befreien, die von den Atomwaffen ausgeht.

(Wir haben die in der heutigen Situation besonders wichtige Erklärung komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Es ist bezeichnend, dass sämtliche Atomwaffenstaaten, die Bundesrepublik Deutschland und fast alle NATO-Mitglieder – außer Norwegen, Dänemark und Island – nicht zu den Unterzeichnerstaaten gehören. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



UNGA 69: First Committee
Joint Statement on the Humanitarian Consequences of
Nuclear Weapons

Delivered by Ambassador Dell Higgin
20 October 2014

Mr Chairman

I am taking the floor on behalf of the following Member States: Afghanistan, Algeria, Andorra, Angola, Antigua and Barbuda, Argentina, Armenia, Austria, Azerbaijan, Bahamas, Bahrain, Bangladesh, Barbados, Belarus, Belize, Benin, Bolivia, Bosnia and Herzegovina, Botswana, Brazil, Brunei Darussalam, Burkina Faso, Burundi, Cabo Verde, Cambodia, Cameroon, Central African Republic, Chad, Chile, Colombia, Comoros, Congo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Cuba, Cyprus, DR Congo, Denmark, Djibouti, Dominica, Dominican Republic, Ecuador, Egypt, El Salvador, Equatorial Guinea, Eritrea, Ethiopia, Fiji, Finland, Gabon, Gambia, Georgia, Ghana, Grenada, Guatemala, Guinea, Guinea Bissau, Guyana, Haiti, Honduras, Iceland, Indonesia, Iraq, Ireland, Jamaica, Japan, Jordan, Kazakhstan, Kenya, Kiribati, Kuwait, Kyrgyzstan, Lao PDR, Lebanon, Lesotho, Liberia, Libya, Liechtenstein, Macedonia, Madagascar, Malawi, Malaysia, Maldives, Mali, Malta, Marshall Islands, Mauritania, Mauritius, Mexico, Federated States of Micronesia, Republic of Moldova, Mongolia, Montenegro, Morocco, Mozambique, Myanmar, Namibia, Nauru, Nepal, Nicaragua, Niger, Nigeria, Norway, Oman, Palau, Panama, Papua New Guinea, Paraguay, Peru,

Philippines, Qatar, Rwanda, Saint Kitts and Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent and the Grenadines, Samoa, San Marino, Sao Tome and Principe, Saudi Arabia, Senegal, Serbia, Seychelles, Sierra Leone, Singapore, Solomon Islands, Somalia, South Africa, South Sudan, Sudan, Suriname, Swaziland, Sweden, Switzerland, Tanzania, Thailand, Timor-Leste, Togo, Tonga, Trinidad and Tobago, Tunisia, Tuvalu, Uganda, Ukraine, United Arab Emirates, Uruguay, Vanuatu, Venezuela, Viet Nam, Yemen, Zambia and my own country New Zealand; the Observer States of the Holy See and State of Palestine; and non-UN Member States Cook Islands and Niue.

Our 155 countries are deeply concerned about the catastrophic humanitarian consequences of nuclear weapons. Past experience from the use and testing of nuclear weapons has amply demonstrated the unacceptable humanitarian consequences caused by the immense, uncontrollable destructive capability and indiscriminate nature of these weapons. The fact-based discussion that took place at the first and second Conferences on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons, convened respectively by Norway in March 2013 and by Mexico in February of this year, has allowed us to deepen our collective understanding of those consequences. A key message from experts and international organisations was that no State or international body could address the immediate humanitarian emergency caused by a nuclear weapon detonation or provide adequate assistance to victims.

The broad participation at those Conferences, with attendance most recently in Nayarit, Mexico, by 146 States, the ICRC, a number of UN humanitarian organisations and civil society, reflected the recognition that the catastrophic humanitarian consequences of nuclear weapons are a fundamental and global concern. We warmly welcome Austria's announcement of a third Conference, scheduled for 8-9 December 2014. We firmly believe that it is in the interests of all States to participate in that Conference, which aims to further broaden and deepen understanding of this matter, and we welcome civil society's ongoing engagement.

This work is essential, because the catastrophic consequences of nuclear weapons affect not only governments, but each and every citizen of our interconnected world. They have deep implications for human survival; for our environment; for socio-economic development; for our economies; and for the health of future generations. For these reasons, we firmly believe that awareness of the catastrophic consequences of nuclear weapons must underpin all approaches and efforts towards nuclear disarmament.

This is not, of course, a new idea. The appalling humanitarian consequences of nuclear weapons became evident from the moment of their first use, and from that moment have motivated humanity's aspirations for a world free from this threat, which have also inspired this statement. The humanitarian consequences of nuclear weapons have been reflected in numerous UN resolutions, including the first resolution passed by this Assembly in 1946, and in multilateral instruments including the Nuclear Non-Proliferation Treaty. The world's most eminent nuclear physicists observed as early as 1955 that nuclear weapons threaten the continued existence of mankind and that a war with these weapons could quite possibly put an end to the human race. The First Special Session of the General Assembly devoted to Disarmament (SSOD-1) stressed in 1978 that "nuclear weapons pose the greatest danger to mankind and to the survival of civilisation." These expressions of profound concern remain as compelling as ever. In spite of this, the humanitarian consequences of nuclear weapons have not been at the core of nuclear disarmament and nuclear non-proliferation deliberations for many years.

We are therefore encouraged that the humanitarian focus is now well established on the global agenda. The 2010 Review Conference of the NPT expressed "deep concern at the

catastrophic humanitarian consequences of any use of nuclear weapons". That deep concern informed the November 26 2011 resolution of the Council of Delegates of the Red Cross and Red Crescent Movement, and the decision in 2012 of this General Assembly to establish an open-ended working group to develop proposals to take forward multilateral nuclear disarmament negotiations. It underlies the Community of Latin American and Caribbean States' call to the international community, in August 2013, to emphasise the humanitarian consequences of nuclear weapons during any discussion of nuclear issues. In September 2013, at the High-Level Meeting on Nuclear Disarmament, numerous leaders from around the world again evoked that deep concern as they called for progress to be made on nuclear disarmament. 125 countries supported the Joint Statement on the Humanitarian Consequences of Nuclear Weapons delivered at the 2013 First Committee. Today's statement again demonstrates the growing political support for the humanitarian focus.

It is in the interest of the very survival of humanity that nuclear weapons are never used again, under any circumstances. The catastrophic effects of a nuclear weapon detonation, whether by accident, miscalculation or design, cannot be adequately addressed. All efforts must be exerted to eliminate the threat of these weapons of mass destruction.

The only way to guarantee that nuclear weapons will never be used again is through their total elimination. All States share the responsibility to prevent the use of nuclear weapons, to prevent their vertical and horizontal proliferation and to achieve nuclear disarmament, including through fulfilling the objectives of the NPT and achieving its universality.

We welcome the renewed resolve of the international community, together with the ICRC and international humanitarian organisations, to address the catastrophic humanitarian consequences of nuclear weapons. By raising awareness about this issue, civil society has a crucial role to play side-by-side with governments as we fulfil our responsibilities. We owe it to future generations to work together to do just that, and in doing so to rid our world of the threat posed by nuclear weapons.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern